

1954	Ausgegeben zu Bonn am 14. Juli 1954	Nr. 20
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt:	Seite
9. 7. 54	Gesetz über die Wiederaufnahme der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung durch die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege	179
10. 7. 54	Getreidepreisgesetz 1954/55	180
9. 7. 54	Zweite Verordnung zur Durchführung des Altsparengesetzes	190
30. 6. 54	Verordnung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer der Gerichte für Arbeits-sachen	194
7. 7. 54	Verordnung zur Erstreckung des Gesetzes über die Höherversicherung in den Rentenver-sicherungen der Arbeiter und der Angestellten auf das Gebiet des Landes Berlin	194
12. 7. 54	Zweite Verordnung zur Änderung der Fünften Durchführungsverordnung zum Getreidege-setz	195
12. 7. 54	Neufassung der Fünften Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz	198
12. 7. 54	Fünfte Verordnung zur Änderung der Zweiten Durchführungsverordnung zum Getreidege-setz	202
	Hinweis auf Verkündungen im Bundesanzeiger	202

Gesetz über die Wiederaufnahme der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung durch die Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege.

Vom 9. Juli 1954.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlos-sen:

§ 1

(1) Soweit Einrichtungen der freien Wohlfahrts-pflege außerhalb der Reichsanstalt für Arbeitsver-mittlung und Arbeitslosenversicherung bis zum 30. Januar 1933 erlaubterweise Arbeitsvermittlung betrieben haben und diese Arbeitsvermittlungstätigkeit infolge von Maßnahmen des national-sozialistischen Regimes einstellen mußten, gelten deren Träger, soweit sie heute noch bestehen, oder deren Rechtsnachfolger, wenn ihnen seither ein neuer Auftrag zur nichtgewerbsmäßigen Arbeits-vermittlung nicht erteilt worden ist, als gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung vom 5. Novem-ber 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1281) und seiner Durch-führungsvorschriften mit der nichtgewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung im früheren Umfang beauftragt.

(2) Die Absicht der Wiederaufnahme der Tätig-keit nach Absatz 1 ist unter Nachweis der Art und des Umfangs der früheren Tätigkeit der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Ar-beitslosenversicherung innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes anzuzeigen. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat den Inhalt und Umfang des Auftrages nach den Befugnissen fest-

zustellen, unter denen die Arbeitsvermittlung von Einrichtungen nach Absatz 1 am 30. Januar 1933 durchgeführt wurde.

(3) Sofern die Arbeitsvermittlung nicht innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgenommen wird, gilt der Auftrag des § 1 als er-loschen.

§ 2

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.
Bonn, den 9. Juli 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Gesetz über Preise für Getreide
inländischer Erzeugung für das Getreidewirtschaftsjahr 1954/55
sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft
(Getreidepreisgesetz 1954/55).**

Vom 10. Juli 1954.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung werden für die Monate Juli 1954 bis Juni 1955 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt.

I. Roggen

Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
Juli	361—381	365—385	367—387	369—389
August	361—381	365—385	367—387	369—389
September	363—383	367—387	369—389	371—391
Oktober	368—388	372—392	374—394	376—396
November	373—393	377—397	379—399	381—401
Dezember	377—393	381—397	383—399	385—401
Januar	381—395	385—399	387—401	389—403
Februar	385—397	389—401	391—403	393—405
März	385—397	389—401	391—403	393—405
April	385—397	389—401	391—403	393—405
Mai	385—397	389—401	391—403	393—405
Juni	385—397	389—401	391—403	393—405

II. Weizen

Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
Juli	401—421	405—425	407—427	409—429
August	401—421	405—425	407—427	409—429
September	403—423	407—427	409—429	411—431
Oktober	408—428	412—432	414—434	416—436
November	413—433	417—437	419—439	421—441
Dezember	417—433	421—437	423—439	425—441
Januar	421—435	425—439	427—441	429—443
Februar	425—437	429—441	431—443	433—445
März	425—437	429—441	431—443	433—445
April	425—437	429—441	431—443	433—445
Mai	425—437	429—441	431—443	433—445
Juni	425—437	429—441	431—443	433—445

(2) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerbtem Spelz um 10 v. H. erhöhen, bei ungerbtem Spelz um 25 v. H. ermäßigen.

(3) Die Preise für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestbeträge nicht unterschreiten und die Höchstbeträge nicht überschreiten, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(4) Die Preisgebieteinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 2

**Preise für Futter- und Industriegetreide
sowie für Braugerste**

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung werden die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle. Die Mindestbeträge dürfen nicht unterschritten, die Höchstbeträge nicht überschritten werden.

Futtergerste	350—390
Industriegerste	375—400
Braugerste	410—440
Futterhafer	300—365
Industriehafer	315—375.

(2) Industriegerste ist Gerste, die ein Eigengewicht von mindestens 65 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist. Industriehafer ist Hafer, der ein Eigengewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist. Braugerste ist Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist. Gerste und Hafer, die diesen Mindestanforderungen nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Sie hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem

Preis im freien Verkehr nicht möglich ist. Qualitäts- und -abschläge sind sowohl bei der Aufnahme zu Mindestpreisen als auch bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(2) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel die Aufgabe, durch Aufnahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	395	180
Liho-Futterroggen und Heßdorfer Johannesroggen	395	250
Winterroggen Tetra	395	230
Sommerroggen	395	230
Winterweizen	435	160
Sommerweizen	435	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	330	190
Wintergerste, 4zeilig	405	160
Wintergerste, 2zeilig und Sommergerste	440	160
Weißhafer und Gelbhafer	370	180
Schwarzhafer	370	220.

Anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes ist auch amtlich mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	395	45
Sommerroggen, Liho-Futterroggen und Heßdorfer Johannesroggen	395	50
Winterweizen	435	45
Sommerweizen	435	50
Wintergerste, 4zeilig	405	55
Wintergerste, 2zeilig	440	55
Sommergerste	440	45
Weißhafer und Gelbhafer	370	50
Schwarzhafer	370	55.

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm	3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,
bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm	1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,
bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm	0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für gesundes, trockenes Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen über

1. Merkmale der durchschnittlichen sowie der besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit

treffen.

(2) Die Zu- und Abschläge dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(3) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für Hochzuchtsaatgut von Gerste erhöhen, wenn und insoweit diese Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nummer 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

§ 7

Schlußschein, Anbieterspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,

2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergeordnete Regelung erforderlich ist; andernfalls können diese Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 8

Lieferprämie für Roggen

(1) Um die Verwendung von Roggen als Brotgetreide zu sichern, wird dem Erzeuger für Roggen der Ernte 1954, der zur Verwendung als Brotgetreide geeignet ist und den der Erzeuger an vom Bundesminister bestimmte Betriebe und Stellen liefert, eine Lieferprämie von 20 Deutsche Mark je tausend Kilogramm gezahlt.

(2) Für die Lieferung von Saatgut für Roggen, der zur Verwendung als Brotgetreide geeignet ist, an vom Bundesminister bestimmte Betriebe und Stellen erhält der Vermehrer eine Lieferprämie von 20 Deutsche Mark je tausend Kilogramm.

(3) Der Bundesminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Nähere über die Zahlung und Erstattung der Lieferprämie zu regeln. Die Erstattung der Liefer-

prämie an den Käufer kann von bestimmten Fristen abhängig gemacht werden, innerhalb derer er das Getreide weitergeliefert, übernommen oder seine Erstattungsansprüche angemeldet haben muß. Bei vom Bundesminister nach Absatz 1 bestimmten Verarbeitungsbetrieben, die nicht Mühlen sind, kann die Erstattung außerdem auf bestimmte Getreidemengen beschränkt werden.

(4) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 9

Strafbestimmungen

(1) Zuwiderhandlungen gegen §§ 1, 2, 4, 5, 8 Abs. 1 und 2 und gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen, sofern diese ausdrücklich auf die Strafbestimmungen dieses Gesetzes verweisen, werden nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes in der jeweils geltenden Fassung geahndet.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 und § 8 Abs. 4 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) geahndet.

§ 10

Geltung in Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigung erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 11

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1954 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 bis 8 erlassenen Rechtsverordnungen am 30. Juni 1955 außer Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 10. Juli 1954.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Anlage
(zu § 1 Abs. 4)

Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide nach Verwaltungsbezirken

Land Bayern

Reg.-Bezirk Oberbayern

Stadtkreise

Bad Reichenhall	RIV WIV
Freising	RII WIII
Ingolstadt	RII WIII
Landsberg	RIV WIV
München	RIV WIV
Rosenheim	RIV WIV
Traunstein	RIV WIV

Landkreise

Aichach	RIV WIII
Altötting	RII WIII
Bad Aibling	RIV WIV
Bad Tölz	RIV WIV
Berchtesgaden	RIV WIV
Dachau	RIV WIV
Ebersberg	RII WIV
Erding	RII WIII
Freising	RII WIII
Fürstenfeldbruck	RIV WIV
Garmisch-Partenkirchen	RIV WIV
Ingolstadt	RII WIII
Landsberg	RIV WIV
Laufen	RIV WIV
Miesbach	RIV WIV
Mühldorf	RII WIII
München	RIV WIV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	RII WIII
Rosenheim	RIV WIV
Schongau	RIV WIV
Schrobenhausen	RII WIII
Starnberg	RIV WIV
Traunstein	RIV WIV
Wasserburg am Inn	RII WIII
Weilheim	RIV WIV
Wolfratshausen	RIV WIV

Reg.-Bezirk Niederbayern

Stadtkreise

Deggendorf	RI WIII
Landshut	RII WIII
Passau	RI WIII
Straubing	RI WIII

Landkreise

Bogen	RI WIII
Deggendorf	RI WIII
Dingolfing	RII WIII
Eggenfelden	RI WIII
Grafenau	RI WIII
Griesbach	RI WIII
Kelheim	RII WIII
Kötzting	RI WIII
Landau a. d. Isar	RI WIII
Landshut	RII WIII
Mainburg	RII WIII
Mallersdorf	RII WIII
Passau	RI WIII
Pfarrkirchen	RI WIII
Regen	RI WIII
Rottenburg	RII WIII
Straubing	RI WIII
Viechtach	RI WIII
Vilsbiburg	RII WIII
Vilshofen	RI WIII
Wegscheid	RI WIII
Wolfstein	RI WIII

Reg.-Bezirk Oberpfalz

Stadtkreise

Amberg	RI WIV
Neumarkt/Opf.	RI WIII
Regensburg	RI WIII
Schwandorf/Bayern	RI WIII
Weiden	RI WIV

Landkreise

Amberg	RI WIV
Beilngries	RI WIII
Burglengenfeld	RI WIII
Cham	RI WIII
Eschenbach/Opf.	RI WIV
Kemnath	RI WIV
Nabburg	RI WIV
Neumarkt/Opf.	RI WIII
Neunburg vorm Wald	RI WIII
Neustadt a. d. Waldnaab	RI WIV
Oberviechtach	RI WIV
Parsberg	RI WIII
Regensburg	RI WIII

Riedenburg	RI	WIII	Erlangen	RII	WIV
Roding	RI	WIII	Feuchtwangen	RII	WIV
Sulzbach-Rosenberg	RI	WIV	Fürth	RII	WIV
Tirschenreuth	RI	WIV	Gunzenhausen	RII	WIV
Vohenstrauß	RI	WIV	Hersbruck	RII	WIV
Waldmünchen	RI	WIII	Hilpoltstein	RI	WIV
Reg.-Bezirk Oberfranken			Lauf a. d. Pegnitz	RII	WIV
Stadtkreise			Neustadt a. d. Aisch	RII	WIV
Bamberg	RII	WIV	Nürnberg	RII	WIV
Bayreuth	RI	WIV	Rothenburg o. d. T.	RII	WIV
Coburg	RI	WIV	Scheinfeld	RII	WIV
Forchheim	RII	WIV	Schwabach	RI	WIV
Hof	RI	WIV	Uffenheim	RII	WIV
Kulmbach	RI	WIV	Weißenburg/Bayern	RI	WIV
Marktredwitz	RI	WIV	Reg.-Bezirk Unterfranken		
Neustadt bei Coburg	RI	WIV	Stadtkreise		
Selb	RI	WIV	Aschaffenburg	RII	WIV
Landkreise			Bad Kissingen	RI	WIV
Bamberg	RII	WIV	Kitzingen	RII	WIV
Bayreuth	RI	WIV	Schweinfurt	RII	WIV
Coburg	RI	WIV	Würzburg	RII	WIV
Ebermannstadt	RII	WIV	Landkreise		
Forchheim	RII	WIV	Alzenau i. Unterfr.	RII	WIV
Höchstädt a. d. Aisch	RII	WIV	Aschaffenburg	RII	WIV
Hof	RI	WIV	Bad Kissingen	RI	WIV
Kronach	RI	WIV	Bad Neustadt a. d. Saale	RI	WIV
Kulmbach	RI	WIV	Brückenau	RI	WIV
Lichtenfeld	RI	WIV	Ebern	RI	WIV
Münchberg	RI	WIV	Gemünden	RII	WIV
Naila	RI	WIV	Gerolzhofen	RII	WIV
Pegnitz	RI	WIV	Hammelburg	RII	WIV
Rehau	RI	WIV	Haßfurt	RII	WIV
Stadtsteinach	RI	WIV	Hofheim/Unterfr.	RI	WIV
Staffelstein	RI	WIV	Karlstadt	RII	WIV
Wunsiedel	RI	WIV	Kitzingen	RII	WIV
Reg.-Bezirk Mittelfranken			Königshofen i. Grabfeld	RI	WIV
Stadtkreise			Lohr	RII	WIV
Ansbach	RII	WIV	Marktheidenfeld	RII	WIV
Eichstätt	RI	WIV	Mellrichstadt	RI	WIV
Erlangen	RII	WIV	Miltenberg	RII	WIV
Fürth	RII	WIV	Obernburg	RII	WIV
Nürnberg	RII	WIV	Ochsenfurt	RII	WIV
Rothenburg o. d. T.	RII	WIV	Schweinfurt	RII	WIV
Schwabach	RI	WIV	Würzburg	RII	WIV
Weißenburg/Bayern	RI	WIV	Reg.-Bezirk Schwaben		
Landkreise			Stadtkreise		
Ansbach	RII	WIV	Augsburg	RII	WIV
Dinkelsbühl	RII	WIV	Dillingen a. d. Donau	RII	WIII
Eichstätt	RI	WIV	Günzburg	RII	WIV
			Kaufbeuren	RII	WIV
			Kempton/Allgäu	RII	WIV

Memmingen	RIV WIV
Neuburg a. d. Donau	RIV WIV
Neu-Ulm	RIV WIV
Nördlingen	RIV WIV
Landkreise	
Augsburg	RIV WIV
Dillingen a. d. Donau	RIV WIII
Donauwörth	RIV WIV
Friedberg	RIV WIV
Füssen	RIV WIV
Günzburg	RIV WIV
Illertissen	RIV WIV
Kaufbeuren	RIV WIV
Kempton/Allgäu	RIV WIV
Krumbach/Schwaben	RIV WIV
Lindau	RIV WIV
Markt Oberdorf	RIV WIV
Memmingen	RIV WIV
Mindelheim	RIV WIV
Neuburg a. d. Donau	RIV WIV
Neu-Ulm	RIV WIV
Nördlingen	RIV WIV
Schwabmünchen	RIV WIV
Sonthofen	RIV WIV
Wertingen	RIV WIII

Land Baden-Württemberg

Reg.-Bezirk Nord-Württemberg

Stadtkreise	
Stuttgart	RIV WIV
Heilbronn	RIV WIV
Ulm	RIV WIV
Landkreise	
Aalen	RIV WIV
Backnang	RIV WIV
Böblingen	RIV WIV
Crailsheim	RIV WIV
Eßlingen	RIV WIV
Göppingen	RIV WIV
Heidenheim	RIV WIV
Heilbronn	RIV WIV
Künzelsau	RIV WIV
Leonberg	RIV WIV
Ludwigsburg	RIV WIV
Mergentheim	RIV WIV
Nürtingen	RIV WIV
Ohringen	RIV WIV
Schwäbisch-Gmünd	RIV WIV
Schwäbisch-Hall	RIV WIV
Ulm	RIV WIV
Vaihingen	RIV WIV
Waiblingen	RIV WIV

Reg.-Bezirk Nord-Baden

Stadtkreise	
Karlsruhe	RIV WIV
Heidelberg	RIV WIV
Mannheim	RIV WIV
Pforzheim	RIV WIV
Landkreise	
Bruchsal	RIV WIV
Buchen	RIV WIV
Heidelberg	RIV WIV
Karlsruhe	RIV WIV
Mannheim	RIV WIV
Mosbach	RIV WIV
Pforzheim	RIV WIV
Sinsheim	RIV WIV
Tauberbischofsheim	RIV WIV

Reg.-Bezirk Süd-Baden

Stadtkreise	
Baden-Baden	RIV WIV
Freiburg	RIV WIV
Konstanz	RIV WIV
Landkreise	
Bühl	RIV WIV
Donaueschingen	RIV WIV
Emmendingen	RIV WIV
Freiburg	RIV WIV
Kehl	RIV WIV
Konstanz	RIV WIV
Lahr	RIV WIV
Lörrach	RIV WIV
Müllheim	RIV WIV
Neustadt	RIV WIV
Offenburg	RIV WIV
Rastatt	RIV WIV
Säckingen	RIV WIV
Stockach	RIV WIV
Überlingen	RIV WIV
Villingen	RIV WIV
Waldshut	RIV WIV
Wolfach	RIV WIV

Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-Hohenzollern

Landkreise	
Balingen	RIV WIV
Biberach	RIV WIV
Calw	RIV WIV
Ehingen	RIV WIV
Freudenstadt	RIV WIV
Hechingen	RIV WIV

Horb	RIV WIV	Waldeck	RI WI
Münsingen	RIV WIV	Witzenhausen	RI WI
Ravensburg	RIV WIV	Wolfhagen	RI WI
Reutlingen	RIV WIV	Ziegenhain	RI WII
Rottweil	RIV WIV		
Saulgau	RIV WIV	Reg.-Bezirk Wiesbaden	
Sigmaringen	RIV WIV	Stadtkreise	
Tettnang	RIV WIV	Frankfurt am Main	RIV WIV
Tübingen	RIV WIV	Hanau	RIV WIV
Tuttlingen	RIV WIV	Wiesbaden	RIV WIV
Wangen	RIV WIV		
		Landkreise	
Land Hessen		Biedenkopf	RII WII
Reg.-Bezirk Darmstadt		Dillkreis	RII WIII
Stadtkreise		Gelnhausen	RII WIV
Darmstadt	RIV WIV	Hanau	RIV WIV
Gießen	RII WII	Limburg	RII WII
Offenbach	RIV WIV	Main-Taunus-Kreis	RIV WIV
		Oberlahnkreis	RII WII
Landkreise		Obertaunuskreis	RIV WIV
Alsfeld	RI WII	Rheingaukreis	RIV WIV
Bergstraße	RIV WIV	Schlüchtern	RII WIV
Büdingen	RII WII	Untertaunuskreis	RIV WIV
Darmstadt	RIV WIV	Usingen	RII WII
Dieburg	RIV WIV	Wetzlar	RII WII
Erbach	RIV WIV		
Friedberg	RII WII	Land Rheinland-Pfalz	
Gießen	RII WII	Reg.-Bezirk Koblenz	
Groß-Gerau	RIV WIV	Stadtkreis	
Lauterbach	RI WII	Koblenz	RII WIII
Offenbach	RIV WIV		
		Landkreise	
Reg.-Bezirk Kassel		Ahrweiler	RII WIII
Stadtkreise		Altenkirchen	RIV WIV
Fulda	RI WII	Birkenfeld	RIV WIV
Kassel	RI WI	Cochem	RII WIII
Marburg	RI WII	Koblenz	RII WIII
		Kreuznach	RIV WIV
Landkreise		Mayen	RII WIII
Eschwege	RI WI	Neuwied	RII WIII
Frankenberg	RI WI	St. Goar	RII WIII
Fritzlar-Homberg	RI WI	Simmern	RII WIII
Fulda	RI WII	Zell	RII WIII
Hersfeld	RI WII		
Hofgeismar	RI WI	Reg.-Bezirk Trier	
Hünfeld	RI WII	Stadtkreis	
Kassel	RI WI	Trier	RIV WIV
Marburg	RI WII		
Melsungen	RI WI	Landkreise	
Rotenburg	RI WI	Bernkastel	RII WIII
		Bitburg	RII WIII

Daun	R II	W III	Land Nordrhein-Westfalen	
Prüm	R II	W III	Reg.-Bezirk Düsseldorf	
Saarburg	R IV	W IV	Stadtkreise	
Trier	R IV	W IV	Düsseldorf	R IV W IV
Wittlich	R II	W III	Duisburg	R IV W IV
			Essen	R IV W IV
Reg.-Bezirk Montabaur			Krefeld	R IV W IV
Landkreise			Mülheim/Ruhr	R IV W IV
Oberwesterwaldkreis	R II	W III	Mönchen-Gladbach	R IV W IV
St. Goarshausen	R II	W III	Neuß	R IV W IV
Unterlahnkreis	R II	W III	Oberhausen	R IV W IV
Untewesterwaldkreis	R II	W III	Remscheid	R IV W IV
			Rheydt	R IV W IV
			Solingen	R IV W IV
Reg.-Bezirk Rheinhessen			Viersen	R IV W IV
Stadtkreise			Wuppertal	R IV W IV
Mainz	R IV	W IV	Landkreise	
Worms	R IV	W IV	Dinslaken	R IV W IV
Landkreise			Düsseldorf-Mettmann	R IV W IV
Alzey	R IV	W IV	Geldern	R IV W IV
Bingen	R IV	W IV	Grevenbroich	R IV W IV
Mainz	R IV	W IV	Kempen-Krefeld	R IV W IV
Worms	R IV	W IV	Kleve	R IV W IV
			Moers	R IV W IV
			Rees	R IV W IV
			Rhein-Wupper-Kreis	R IV W IV
Reg.-Bezirk Pfalz			Reg.-Bezirk Köln	
Stadtkreise			Stadtkreise	
Frankenthal	R IV	W IV	Bonn	R IV W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV	Köln	R IV W IV
Landau	R IV	W IV	Landkreise	
Ludwigshafen	R IV	W IV	Bergheim/Erft	R IV W IV
Neustadt	R IV	W IV	Bonn	R IV W IV
Pirmasens	R IV	W IV	Euskirchen	R IV W IV
Speyer	R IV	W IV	Köln	R IV W IV
Zweibrücken	R IV	W IV	Oberbergischer Kreis	R IV W IV
Landkreise			Rheinisch-Bergischer Kreis	R IV W IV
Bergzabern	R IV	W IV	Siegbkreis	R IV W IV
Frankenthal	R IV	W IV	Reg.-Bezirk Aachen	
Germersheim	R IV	W IV	Stadtkreis	
Kaiserslautern	R IV	W IV	Aachen	R II W IV
Kirchheimbolanden	R IV	W IV	Landkreise	
Kusel	R IV	W IV	Aachen	R II W IV
Landau	R IV	W IV	Düren	R II W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV	Erkelenz	R II W IV
Neustadt	R IV	W IV	Geilenkirchen-Heinsberg	R II W IV
Pirmasens	R IV	W IV		
Rockenhausen	R IV	W IV		
Speyer	R IV	W IV		
Zweibrücken	R IV	W IV		

Jülich	R II W IV	Lünen	R IV W IV
Monschau	R II W IV	Siegen	R IV W II
Schleiden	R II W IV	Wanne-Eickel	R IV W IV
		Wattenscheid	R IV W IV
Reg.-Bezirk Münster		Witten	R IV W IV
Stadtkreise		Landkreise	
Bocholt	R II W IV	Altena	R II W II
Bottrop	R IV W IV	Arnsberg	R II W II
Gelsenkirchen	R IV W IV	Brilon	R I W I
Gladbeck	R IV W IV	Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV W IV
Münster	R II W IV	Iserlohn	R II W II
Recklinghausen	R IV W IV	Lippstadt	R I W I
		Meschede	R I W I
Landkreise		Olpe	R II W II
Ahaus	R II W IV	Siegen	R IV W II
Beckum	R II W II	Soest	R II W II
Borken	R II W IV	Unna	R II W II
Coesfeld	R II W IV	Wittgenstein	R II W I
Lüdinghausen	R II W IV		
Münster	R II W IV	Land Niedersachsen	
Recklinghausen	R IV W IV	Reg.-Bezirk Hannover	
Steinfurt	R II W IV	Stadtkreise	
Tecklenburg	R II W IV	Hameln	R II W I
Warendorf	R II W II	Hannover	R II W I
Reg.-Bezirk Detmold		Landkreise	
Stadtkreise		Grafschaft Diepholz	R I W III
Bielefeld	R II W II	Grafschaft Hoya	R I W III
Herford	R II W II	Grafschaft Schaumburg	R II W I
Landkreise		Hameln-Pyrmont	R II W I
Bielefeld	R II W II	Hannover-Land	R II W I
Büren	R I W I	Neustadt a. Rbge.	R I W I
Detmold	R II W I	Nienburg/Weser	R I W III
Halle	R II W II	Springe	R II W I
Herford	R II W II	Schaumburg-Lippe	R II W I
Höxter	R I W I		
Lemgo	R II W I	Reg.-Bezirk Hildesheim	
Lübbecke	R II W II	Stadtkreise	
Minden	R II W I	Göttingen	R I W I
Paderborn	R I W I	Hildesheim	R II W I
Warburg	R I W I	Landkreise	
Wiedenbrück	R I W I	Alfeld	R II W I
Reg.-Bezirk Arnsberg		Duderstadt	R I W I
Stadtkreise		Einbeck	R II W I
Bochum	R IV W IV	Göttingen	R I W I
Castrop-Rauxel	R IV W IV	Hildesheim-Marienburg	R II W I
Dortmund	R IV W IV	Holzminden	R II W I
Hagen	R IV W IV	Münden-Hannover	R I W I
Hamm	R II W II	Northeim	R II W I
Herne	R IV W IV	Osterode/Harz	R II W I
Iserlohn	R II W II	Peine	R II W I
Lüdenscheid	R II W II	Zellerfeld	R II W I

Reg.-Bezirk Lüneburg

Stadtkreise

Celle R I WII
Lüneburg R II WII

Landkreise

Burgdorf R I WI
Celle/Land R I WII
Fallingb. Felling R I WIII
Gifhorn R I WII
Harburg R II WII
Lüchow-Dannenberg R I WII
Lüneburg/Land R II WII
Soltau R I WII
Uelzen R I WII

Reg.-Bezirk Stade

Stadtkreis

Cuxhaven R II WII

Landkreise

Bremervörde R II WIII
Land Hadeln R II WII
Osterholz R II WIII
Rotenburg/Hann. R II WIII
Stade/Hann. R II WII
Verden R II WIII
Wesermünde R II WIII

Reg.-Bezirk Osnabrück

Stadtkreis

Osnabrück R II WII

Landkreise

Aschendorf/Hümmling R II WIII
Bersenbrück R II WIII
Grafschaft Bentheim R II WIII
Lingen R II WIII
Melle R II WII
Meppen R II WIII
Osnabrück/Land R II WII
Wittlage R II WII

Reg.-Bezirk Aurich

Stadtkreis

Emden R II WII

Landkreise

Aurich R II WII
Leer R II WII
Norden R II WII
Wittmund R II WII

Verw.-Bezirk Braunschweig

Stadtkreise

Braunschweig R II WI
Goslar R II WI
Watenstedt/Salzgitter R II WI

Landkreise

Braunschweig R II WI
Gandersheim R II WI
Goslar R II WI
Helmstedt R I WI
Wolfenbüttel R II WI
Blankenburg (Restkreis) R II WI

Verw.-Bezirk Oldenburg

Stadtkreise

Delmenhorst R II WIII
Oldenburg/O. R II WIII
Wilhelmshaven R II WII

Landkreise

Amerland R II WII
Cloppenburg R II WIII
Friesland R II WII
Oldenburg R II WIII
Vechta R II WIII
Wesermarsch R II WII

Land Schleswig-Holstein

Stadtkreise

Flensburg R II WII
Kiel R II WIII
Lübeck R II WIII
Neumünster R II WII

Landkreise

Eckernförde R II WII
Eiderstadt R II WII
Eutin R II WII
Flensburg R II WII
Herzogtum Lauenburg R II WII
Husum R II WII
Norderdithmarschen R II WII
Oldenburg R II WII
Pinneberg R II WII
Plön R II WII
Rendsburg R II WII
Schleswig R II WII
Segeberg R II WII
Steinburg R II WII
Stormarn R II WII
Süderdithmarschen R II WII
Südtondern R II WII

Land Hamburg

R III WIII

Land Bremen

Stadtkreise

Bremen R III WIII
Bremerhaven R II WII

Land Berlin

(Westsektor) R II WII

**Zweite Verordnung
zur Durchführung des Altspargesetzes (2. ASpG-DV).**

Vom 9. Juli 1954.

Auf Grund des § 2 Abs. 3, des § 9 Abs. 1, der §§ 13, 14 Abs. 4, des § 15 Abs. 6, der §§ 17, 18 Abs. 7, des § 19 Abs. 4, sowie der §§ 27 und 31 des Altspargesetzes vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 495) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Ergänzung der Anlage 1 und 2 des Gesetzes

(1) Die Anlage 1 des Gesetzes wird um die Kommunalobligationen und verwandten Schuldverschreibungen nach Anlage 1 dieser Verordnung ergänzt.

(2) Die Anlage 2 des Gesetzes wird um die Industrieobligationen und verwandten Schuldverschreibungen nach Anlage 2 dieser Verordnung ergänzt.

§ 2

**Ergänzung des Verzeichnisses
der Umtauschmissionen**

Die Anlage zur Ersten Verordnung zur Durchführung des Altspargesetzes (1. ASpG-DV) vom 6. November 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1512) — Verzeichnis der Umtauschmissionen — wird um die Wertpapierarten nach Anlage 3 dieser Verordnung ergänzt.

§ 3

**Umwandlung einer Sparanlage
in eine andere Sparanlage**

(1) Eine im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark bestehende, nach dem Beginn des 1. Januar 1940 begründete Sparanlage wird bei Anwendung des § 2 des Gesetzes als Fortsetzung einer früheren Sparanlage des im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark berechtigten Gläubigers oder eines Rechtsvorgängers (§ 3 Abs. 2 des Gesetzes) anerkannt, sofern sie binnen 3 Monaten nach völliger oder teilweiser Beendigung der früheren Sparanlage begründet worden ist. Dies gilt nicht, soweit aus der früheren Sparanlage in Auswirkung der Vorschrift des § 7 Abs. 1 des Gesetzes ein Entschädigungsanspruch entstanden ist.

(2) Ist der Gläubiger der Sparanlage Vertriebener und war Schuldner der früheren Sparanlage ein Geldinstitut im Vertreibungsgebiet, beginnt die Frist des Absatzes 1 mit dem Tage der Aufenthaltnahme im Geltungsbereich des Gesetzes, spätestens jedoch mit dem 1. Oktober 1945.

(3) Bestand im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark eine Sparanlage im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 des Gesetzes, gilt im Sinne des Absatzes 1 als Zeitpunkt der Begründung der fortgesetzten Sparanlage der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Eintragung des Grundpfandrechts beim Grundbuchamt gestellt worden ist.

(4) Die in Absatz 1 bezeichnete Frist beträgt 6 Monate, soweit nach völliger oder teilweiser Beendigung der früheren Sparanlage der Gegenwert

ununterbrochen bis zur Begründung der späteren Sparanlage als Guthaben bei einem Geldinstitut geführt worden ist.

(5) Die Absätze 1 bis 4 finden nur Anwendung, wenn der Betrag der beendigten und der neubegründeten Sparanlage mindestens 50 Reichsmark beträgt. Satz 1 gilt nicht, wenn aus beiden Sparanlagen dasselbe Institut Schuldner oder verwahrende Stelle war.

(6) Die Absätze 1 bis 4 finden auf eine im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark bestehende Sparanlage im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes nur insoweit Anwendung, als diese Sparanlage durch einmalige Einzahlung eines Betrages von mindestens 500 Reichsmark begründet worden ist.

(7) Die Absätze 1 bis 4 finden auf eine Sparanlage im Zeitpunkt der Einführung der Deutschen Mark im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 5 des Gesetzes nur insoweit Anwendung, als diese Sparanlage durch Einzahlung einer Einmalprämie begründet worden ist.

(8) Als frühere Sparanlage im Sinne der Absätze 1 bis 7 gelten auch Vermögenswerte im Sinne des § 13 Satz 2 des Gesetzes.

§ 4

Verfahren bei Umwandlungsfällen

(1) In den Fällen des § 3 dieser Verordnung und des § 2 Nr. 2 der 1. ASpG-DV wird Entschädigung nur auf Antrag gewährt.

(2) Mit dem Antrag auf Entschädigung ermächtigt der Gläubiger die beteiligten Institute, alle für Zwecke der Durchführung des Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

(3) Die frühere Sparanlage nach dem Stande bei Beginn des 1. Januar 1940 ist, sofern Schuldner dieser Sparanlage ein Institut war, durch eine für diesen Zweck gefertigte Bescheinigung des Instituts nachzuweisen; ist die frühere Sparanlage eine Schuldverschreibung, erteilt dasjenige Institut die Bescheinigung, welches die Schuldverschreibung bei Beginn des 1. Januar 1940 verwahrt hat. Die Bescheinigung darf nur dem nach § 14 Abs. 1 des Gesetzes zuständigen Institut und nur insoweit erteilt werden, als nicht bereits aus der früheren oder einer fortgesetzten Sparanlage ein Entschädigungsanspruch entstanden ist. Werden für mehrere fortgesetzte Sparanlagen Bescheinigungen beantragt, erteilt das Schuldnerinstitut die Bescheinigungen entsprechend der Reihenfolge des Eingangs dieser Anträge. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, sofern das Institut den Sitz außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes hat; in diesen Fällen ist der Nachweis über den Stand der früheren Sparanlage bei Beginn des 1. Januar 1940 durch andere Urkunden zu führen.

(4) Über Anträge auf Entschädigung in solchen Fällen, in denen am 1. Januar 1940 ein Institut im Sinne des Absatzes 3 nicht bestanden hat, sowie über Anträge auf Entschädigung in den Fällen des

§ 13 Satz 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes entscheidet das Ausgleichsamt; eine Entscheidung des Instituts ist ausgeschlossen.

§ 5

Antragsfrist

(1) Der Antrag auf Entschädigung nach dem Gesetz kann, vorbehaltlich der Absätze 2 und 3, gestellt werden

1. aus Altsparganlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Gesetzes, ausgenommen Postspareinlagen, vom Beginn des auf das Inkrafttreten dieser Verordnung folgenden Monats ab,
2. aus Postspareinlagen und aus Altsparganlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 5 und 6 des Gesetzes vom 1. Oktober 1954 ab,
3. aus Altsparganlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Gesetzes vom 1. Januar 1955 ab.

(2) Der Beginn der Antragsfrist bei Entschädigungsansprüchen, deren Bearbeitung der in Berlin (West) belegenen Niederlassung eines Geldinstituts obliegt, bleibt der Regelung durch besondere Rechtsverordnung vorbehalten; soweit die Bearbeitung des Entschädigungsanspruchs der in Berlin (West) belegenen Niederlassung eines anderen Instituts obliegt, verbleibt es bei der Regelung des Absatzes 1.

(3) Liegt der für eine Wertpapierart maßgebende Stichtag (§ 6 Abs. 2 des Wertpapierbereinigungsgesetzes) nach dem 1. März 1954, kann der Antrag auf Entschädigung frühestens 10 Monate nach diesem Stichtag gestellt werden.

§ 6

Zuständigkeit der Ausgleichsbehörden

Die örtliche Zuständigkeit der Ausgleichsbehörden und der Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds nach § 15 Abs. 2 und 3 des Gesetzes bestimmt sich nach der Niederlassung des Instituts, welches die Entscheidung trifft oder den Antrag zur Entscheidung abgibt. Sachlich zuständig sind das Ausgleichsamt und der bei diesem bestellte Vertreter der Interessen des Ausgleichsfonds; in den Fällen des § 4 Abs. 6 und 7 des Gesetzes hat das Ausgleichsamt die Stellungnahme des Landesausgleichsamts einzuholen.

§ 7

Einlösung der Deckungsforderungen

(1) Die Deckungsforderungen sind vom Ausgleichsfonds nach näherer Maßgabe des § 323 Abs. 6 des Lastenausgleichsgesetzes jährlich, in der Regel zum 31. Dezember, einzulösen. Soweit Barverzinsung erfolgt, sind die Zinsen nachträglich zum 1. Juli und zum 2. Januar zu entrichten; die Beträge sind den Instituten jeweils zum 15. des vorausgehenden Monats zur Verfügung zu stellen. Soweit das Institut aus wertpapierrechtlichen Ansprüchen (§§ 8 und 10 der 1. ASpG-DV) vor den in Satz 2 bezeichneten Zeitpunkten zur Barverzinsung verpflichtet ist, gewährt der Ausgleichsfonds Abschlagszahlungen auf die zum 1. Juli und die zum 2. Januar fälligen Zinsbe-

träge. Der Ausgleichsfonds soll die zur Einlösung bereitzustellenden Beträge den Instituten so frühzeitig bekanntgeben, daß die fristgemäße Freigabe der Ansprüche aus den Entschädigungsgutschriften nicht gefährdet wird.

(2) Bei der Aufteilung der jeweils zur Verzinsung und Tilgung von Deckungsforderungen bereitgestellten Beträge auf die Institute ist von dem jeweiligen Anteil an der Gesamtheit der Deckungsforderungen auszugehen; bereits durch Tilgung erloschene Deckungsforderungen sind hierbei den noch bestehenden Deckungsforderungen zuzurechnen. Der Präsident des Bundesausgleichsamts kann zur rechnerischen Vereinfachung von den Grundsätzen des Satzes 1 vorübergehend abweichen, sofern sichergestellt ist, daß diese Grundsätze mit Bezug auf einen längeren Zeitabschnitt gewahrt bleiben.

(3) Die bereitgestellten Beträge sind zu verrechnen

1. in Höhe von jährlich 0,5 vom Hundert der Hauptsumme als Verzinsung der Hauptsumme, erstmalig jeweils für die Zeit ab 1. Januar 1954,
2. in Höhe von jährlich 4 vom Hundert als Verzinsung der Hauptsumme, erstmalig jeweils für die Zeit ab 1. Januar 1954, soweit die der Deckungsforderung gegenüberstehenden Ansprüche aus Entschädigungsgutschriften in bar zu verzinsen sind oder vom Institut vorzeitig freiwillig freigegeben worden sind,
3. im übrigen als Tilgung der Hauptsumme zuzüglich der auf die zu tilgende Hauptsumme seit dem 1. Januar 1953 aufgelaufenen Zinsen, soweit die Zinsverpflichtungen nicht bereits durch Barleistung erfüllt worden sind; mit Vorrang werden durch Barleistung zu verzinsende Deckungsforderungen sowie solche Deckungsforderungen getilgt, denen im Wege der verstärkten Tilgung befriedigte Entschädigungsansprüche gegenüberstehen.

(4) Soweit Deckungsforderungen nach Absatz 3 Nr. 2 in bar zu verzinsen sind, bleibt die Entrichtung der auf das Jahr 1953 entfallenden Zinsen besonderer Regelung durch den Präsidenten des Bundesausgleichsamts vorbehalten. § 12 Abs. 1 Satz 3 der 1. ASpG-DV bleibt unberührt.

§ 8

Freigabe der Ansprüche aus Entschädigungsgutschriften

(1) Die Reihenfolge der Freigabe der Ansprüche aus Entschädigungsgutschriften bestimmt sich

1. bei Ansprüchen aus Kontogutschriften, vorbehaltlich der Nr. 2, derart, daß entsprechend dem Umfang der dem Schuldnerinstitut jeweils vom Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellten Mittel gleiche Hundertsätze oder Beträge aus den einzelnen Entschädigungsgutschriften freigegeben werden,

2. bei Ansprüchen auf Grund von Kontogutschriften nach § 13 der 1. ASpG-DV derart, daß entsprechend dem Umfang der dem Schuldnerinstitut jeweils vom Ausgleichsfonds zur Verfügung gestellten Mittel diejenigen Entschädigungsgutschriften freigegeben werden, bei denen die Versicherungsleistung aus dem zugrunde liegenden Vertrag zum frühesten Zeitpunkt fällig geworden ist; dabei können Entschädigungsgutschriften bei Versicherungsleistungen, die ab 1. Oktober 1954 fällig werden, nach Maßgabe der vom Präsidenten des Bundesausgleichsamts nach Absatz 2 zu treffenden Bestimmungen vorweg freigegeben werden,
3. bei Ansprüchen aus Wertpapieren derart, daß die jeweils zu tilgenden Stücke nach § 12 Abs. 3 der 1. ASpG-DV ausgelost werden, der Schuldner jedoch zur verstärkten Tilgung sowie zur Gesamtkündigung berechtigt ist; bei Kleinststücken kann an die Stelle der Auslosung die Kündigung von Teilbeträgen oder eine anderweitige Regelung des Tilgungsvorgangs treten.

(2) Der Präsident des Bundesausgleichsamts kann durch Rechtsverordnung Näheres über die Freigabe der Entschädigungsansprüche bestimmen.

§ 9

Kostenregelung für Institute mit Sitz in Berlin (West)

(1) Den Berliner Altbanken, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung nicht zum Neugeschäft zugelassen sind, werden die bei der Durch-

führung des Gesetzes entstehenden notwendigen Kosten erstattet, soweit diese Kosten durch den Unkostenbeitrag nach § 23 Abs. 2 Nr. 1, 3, 4 und Abs. 5 des Gesetzes nicht gedeckt werden.

(2) Den in Berlin (West) zum Neugeschäft zugelassenen Instituten werden die bei der Bearbeitung des Entschädigungsanspruchs aus Spareinlagen entstehenden notwendigen Kosten erstattet, soweit diese Kosten durch den Unkostenbeitrag nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes und die verbleibenden Zinsen von 0,5 vom Hundert der Deckungsforderungen (§ 18 Abs. 4 Satz 1, § 19 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes) nicht gedeckt werden.

§ 10

Anwendung in Berlin

Nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 32 des Altspargesetzes vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 495) gilt diese Rechtsverordnung auch in Berlin (West).

§ 11

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 9. Juli 1954.

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Anlage 1

(zu § 1 Abs. 1 der Verordnung,
§ 2 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes)

Kommunalobligationen und verwandte Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen, die von den nachstehend aufgeführten Schuldnern ausgegeben worden sind:

Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher
ritterschaftlicher Kreditverein, Hannover

Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank Schwerin,
Sitz für die Geschäftstätigkeit Lübeck

Schleswig-Holsteinische Landschaft, Kiel

Thüringische Landes-Hypothekenbank Aktiengesellschaft,
Weimar, Sitz für die Geschäftstätigkeit Hagen.

Anlage 2

(zu § 1 Abs. 2 der Verordnung,
§ 2 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes)

Industrieobligationen und verwandte Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen, die von den nachstehend aufgeführten Schuldnern ausgegeben worden sind:

<p>Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München</p> <p>Aktiengesellschaft Porzellanfabrik Weiden Gebr. Bauscher, Weiden (jetzt: Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.G., Selb i. B.)</p> <p>Brauerei Cluß, Heilbronn a. N.</p> <p>Brohltal-Eisenbahn-Gesellschaft A. G., Brohl/Rhein</p> <p>Bürgerliches Brauhaus Ingolstadt Aktiengesellschaft, Ingolstadt</p> <p>Deutsche Ansiedlungsgesellschaft, Berlin</p> <p>Dinglerwerke Aktiengesellschaft, Zweibrücken</p> <p>Elmshorn-Barmstedt-Oldesloer Eisenbahn AG., Elmshorn</p> <p>Export- und Lagerhaus-Gesellschaft, Hamburg</p> <p>Fahlberg-List Aktiengesellschaft Chemische Fabriken, Hamburg (früher: Saccharin-Fabrik AG. vorm. Fahlberg-List)</p> <p>Fürstlich Fürstenbergische Kammer, Donaueschingen</p> <p>Fürst von Isenburg-Birstein, Birstein über Wächtersbach</p> <p>Gas- und Elektrizitäts-Werke Achim Aktien-Gesellschaft, Achim (Hann.)</p> <p>Gesellschaft für Gasindustrie, München (jetzt: Aktiengesellschaft für Licht- und Kraftversorgung, München)</p> <p>Gewerkschaft ver. Constantin der Große, Bochum</p> <p>Gritzner-Kayser A.-G., Karlsruhe-Durlach</p> <p>Hamburger Hof Aktiengesellschaft, Hamburg</p> <p>Handelsgesellschaft für Grundbesitz, Berlin</p> <p>„Heag“ Hannoversche Eisengießerei und Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Anderten bei Hannover</p>	<p>Hochseefischerei Carl Kämpf, Bremerhaven-F.</p> <p>Kunst im Druck Obpacher Aktiengesellschaft, München (früher: Lithographisch-artistische Anstalt vorm. Gebr. Obpacher AG., München)</p> <p>Lithographisch-artistische Anstalt vorm. Gebr. Obpacher AG., München (jetzt: Kunst im Druck Obpacher Aktiengesellschaft, München)</p> <p>Papier- u. Tapetenfabrik Bammental A.-G., Bammental/Baden</p> <p>Pfalzbrauerei A.G., Neustadt/Hdt.</p> <p>Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.G., Selb i. B.</p> <p>Porzellanfabrik Weiden Gebr. Bauscher AG., Weiden (jetzt: Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.G., Selb i. B.)</p> <p>SILESIA Verein chemischer Fabriken, Frankfurt (Main) (früher Saarau Krs. Schweidnitz)</p> <p>Verband des Einzelhandels e. V., Oberhausen/Rhld. (jetzt: Vereinigte Kaufmannschaft e. V., Oberhausen/Rhld.)</p> <p>Verein für Zellstoff-Industrie Aktiengesellschaft, (jetzt: Zellstofffabrik Waldhof, Mannheim)</p> <p>Vereinigte Gaswerke Aktiengesellschaft, München (früher: Vereinigte Gaswerke Augsburg)</p> <p>Vereinigte Kaufmannschaft e. V., Oberhausen/Rhld.</p> <p>Waggonfabrik Aktiengesellschaft, Rastatt</p> <p>Wohnhausgesellschaft Äußere Prinzregentenstraße Aktiengesellschaft, München</p> <p>Württembergische Gesellschaft für Elektrizitätswerke A.G., Eßlingen a.N.</p>
---	--

Anlage 3

(zu § 2 der Verordnung,
§ 9 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes)

Umtauschemissionen

A. Private Hypothekenbanken		Kenn- Nummer	Kenn- Nummer
<p>Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, München</p> <p>4 % (4 1/2 %) Reichsmark-Hypotheken-Pfandbriefe von 1940</p> <p>4 % Reichsmark-Hypotheken-Pfandbriefe von 1940</p> <p>Bayerische Vereinsbank, München</p> <p>4 % (4 1/2 %) Reichsmark-Hypotheken-Pfandbriefe von 1940</p> <p>Deutsche Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft, Berlin</p> <p>4 % Hypotheken-Pfandbriefe von 1940</p> <p>Deutsche Wohnstätten-Hypothekenbank Aktiengesellschaft, Berlin</p> <p>4 % Pfandbriefe von 1940</p> <p>Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Lübeck (früher Schwerin).</p> <p>4 % RM-Schuldverschreibungen von 1941</p> <p>Sächsische Bodencreditanstalt, Berlin (früher Dresden)</p> <p>4 % Hypotheken-Pfandbriefe von 1941</p>	<p>Reihe 5</p> <p>Reihe 1</p> <p>Serie 16</p> <p>Em. 16</p> <p>Reihe XIII</p> <p>Em. 18</p> <p>Reihe 29</p>	<p>4/22 203</p> <p>1/22 201</p> <p>2/22 401</p> <p>26 912</p> <p>26 508</p> <p>24 034</p> <p>25 307</p>	<p>Thüringische Landes-Hypothekenbank, Hagen (früher Weimar)</p> <p>4 % RM-Kommunal-Obligationen Serie XXV 25 835</p> <p>4 % RM-Kommunal-Obligationen Serie XXVI 25 830</p> <p>B. Öffentlich-rechtliche Kreditanstalten</p> <p>Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'scher ritterschaftlicher Kreditverein, Hannover</p> <p>4 % (4 1/2 %) Schuldverschreibungen von 1940 20 142</p> <p>Landeskreditkasse zu Kassel, Kassel</p> <p>4 % RM-Kommunal-Schuldverschreibungen von 1940 Reihe 7 20 342</p> <p>Staatliche Kreditanstalt Oldenburg-Bremen, Bremen (früher: Staatliche Kreditanstalt Oldenburg [Staatsbank] Oldenburg)</p> <p>4 % Reichsmark-Pfandbriefe von 1942 Serie XI 20 689</p> <p>Preußische Landespfandbriefanstalt, Berlin, jetzt: Deutsche Pfandbriefanstalt, Berlin</p> <p>4 % Pfandbriefe von 1940 Reihe 26 20 820</p> <p>C. Industrieunternehmen</p> <p>Mülheimer Bergwerksverein, Mülheim/Ruhr</p> <p>4 % Teilschuldverschreibungsanleihe von 1942 35 302</p>

**Verordnung
über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer
der Gerichte für Arbeitssachen.**

Vom 30. Juni 1954.

Auf Grund des § 25 Abs. 2 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1267) verordnet der Bundesminister für Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz und mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Für die Entschädigung und den Ersatz der Fahrtkosten der ehrenamtlichen Beisitzer der Gerichte für Arbeitssachen (Arbeitsrichter, Landesarbeitsrichter, Bundesarbeitsrichter) gelten die §§ 1 bis 5 der Verordnung über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen vom 1. August 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 485) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 2

Die Aufwandsentschädigung der Bundesarbeitsrichter erhöht sich in den Fällen des § 3 Abs. 2 Satz 1

und Abs. 4 der Verordnung über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen auf das Eineinhalbfache der dort festgelegten Sätze.

§ 3

Nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 122 des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 3. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1267) gilt diese Rechtsverordnung auch im Land Berlin.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 30. Juni 1954.

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Verordnung zur Erstreckung des Gesetzes
über die Höherversicherung in den Rentenversicherungen der Arbeiter
und der Angestellten auf das Gebiet des Landes Berlin.**

Vom 7. Juli 1954.

Auf Grund des § 15 Abs. 2 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Das Gesetz über die Höherversicherung in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten vom 14. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 188) gilt auch im Land Berlin, sofern es im Land Berlin in Kraft gesetzt wird.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1954 in Kraft.

Bonn, den 7. Juli 1954.

Der Bundeskanzler
Adenauer

Der Bundesminister für Arbeit
Anton Storch

**Zweite Verordnung zur Änderung
der Fünften Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz.**

Vom 12. Juli 1954.

Auf Grund des § 15 Abs. 3 und des § 17 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel I

Die Fünfte Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 17. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 977) in der Fassung der Verordnung vom 9. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 416) wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 werden die Worte „Handels-, Lohn- und Umtauschmüllerei“ durch das Wort „Handelsmüllerei“ ersetzt.
2. § 2 erhält folgenden neuen Absatz 3:
„(3) Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit Mahlerzeugnisse (Mehl, Backschrot, Grieß und Dunst) aus den in Absatz 1 genannten Getreidearten in das Ausland ausgeführt worden sind. Es werden jedoch für je 100 Kilogramm Mahlerzeugnisse nur die in der Anlage aufgeführten Getreidemengen von der Abgabe befreit.“
3. In § 3 wird die Zahl „0,04“ durch die Zahl „0,01“ ersetzt.
4. § 4 Abs. 2 erhält folgende Fassung:
„(2) Abgabeschuldner ist der Inhaber des Verarbeitungsbetriebes, für im Werklohn durch andere Mühlen verarbeitetes Getreide der Inhaber des auftraggebenden Betriebes.“
5. § 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„(1) Mahlmühlen haben der Mühlenstelle eine Abschrift der auf Grund der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 9. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 415) zu erstattenden Meldung zu den jeweiligen Meldeterminen einzureichen. Die Meldung gilt für die der Abgabe unterliegende Verarbeitung als Abgabeerklärung. Die Vorschriften der §§ 166 bis 174 der Reichsabgabenordnung finden entsprechende Anwendung.“
6. Hinter § 9 wird folgender neuer § 10 eingefügt:

„§ 10
Land Berlin

Diese Rechtsverordnung gilt nicht im Land Berlin.“
7. Der bisherige § 10 wird § 11.

Artikel II

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1953, Artikel I Nr. 4 jedoch erst am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, den Wortlaut der Fünften Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben und dabei etwaige redaktionelle Unstimmigkeiten des Verordnungstextes zu beseitigen.

Bonn, den 12. Juli 1954.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Bei der Umrechnung der bei den nachstehenden Tabellen A und B genannten Mahlerzeugnisse ist von deren Aschegehalt, bezogen auf Trockensubstanz, auszugehen. Für je 100 Kilogramm Mahlerzeugnisse sind die in den Tabellen A und B bei dem Aschegehalt angegebenen Getreidemengen von der Entrichtung der Abgabe befreit. Liegt der Aschegehalt zwischen den aufgeführten Werten, so ist der nächsthöhere Aschegehalt maßgebend.

A. Roggenmehl, Roggenbackschrot

Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm
0,39	158,80	1,15	130,29	1,91	101,78
0,41	158,05	1,17	129,54	1,93	101,03
0,43	157,30	1,19	128,79	1,95	100,28
0,45	156,55	1,21	128,04	1,97	99,53
0,47	155,80	1,23	127,29	1,99	98,78
0,49	155,05	1,25	126,54	2,01	98,03
0,51	154,30	1,27	125,79	2,03	97,28
0,53	153,55	1,29	125,04	2,05	96,53
0,55	152,80	1,31	124,29	2,07	95,78
0,57	152,05	1,33	123,54	2,09	95,03
0,59	151,30	1,35	122,79	2,11	94,28
0,61	150,55	1,37	122,04	2,13	93,52
0,63	149,80	1,39	121,29	2,15	92,77
0,65	149,05	1,41	120,54	2,17	92,02
0,67	148,30	1,43	119,79	2,19	91,27
0,69	147,55	1,45	119,04	2,21	90,52
0,71	146,80	1,47	118,28	2,23	89,77
0,73	146,05	1,49	117,53	2,25	89,02
0,75	145,30	1,51	116,78	2,27	88,27
0,77	144,55	1,53	116,03	2,29	87,52
0,79	143,80	1,55	115,28	2,31	86,77
0,81	143,04	1,57	114,53	2,33	86,02
0,83	142,29	1,59	113,78	2,35	85,27
0,85	141,54	1,61	113,03	2,37	84,52
0,87	140,79	1,63	112,28	2,39	83,77
0,89	140,04	1,65	111,53	2,41	83,02
0,91	139,29	1,67	110,78	2,43	82,27
0,93	138,54	1,69	110,03	2,45	81,52
0,95	137,79	1,71	109,28	2,47	80,77
0,97	137,04	1,73	108,53	2,49	80,02
0,99	136,29	1,75	107,78	2,51	79,27
1,01	135,54	1,77	107,03	2,53	78,52
1,03	134,79	1,79	106,28	2,55	77,77
1,05	134,04	1,81	105,53	2,57	77,02
1,07	133,29	1,83	104,78	2,59	76,27
1,09	132,54	1,85	104,03	2,61	75,52
1,11	131,79	1,87	103,28	2,63	74,77
1,13	131,04	1,89	102,53	2,65	74,02

B. Weizenmehl, Weizenbackschrot, Weizengrieß und Weizendunst

Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm
0,39	150,10	0,64	137,13	1,25	117,71
0,40	149,48	0,65	136,61	1,30	116,51
0,41	149,07	0,66	136,09	1,35	115,31
0,42	148,55	0,67	135,57	1,40	114,12
0,43	148,03	0,68	135,05	1,45	112,92
0,44	147,51	0,69	134,54	1,50	111,72
0,45	146,99	0,70	134,02	1,55	110,52
0,46	146,47	0,72	132,98	1,60	109,32
0,47	145,95	0,74	131,94	1,65	108,13
0,48	145,43	0,76	130,90	1,70	106,93
0,49	144,91	0,78	129,87	1,75	105,73
0,50	144,40	0,80	128,83	1,80	104,53
0,51	143,88	0,82	128,01	1,85	103,33
0,52	143,36	0,84	127,53	1,90	102,14
0,53	142,84	0,86	127,06	2,00	102,02
0,54	142,32	0,88	126,58	2,10	101,68
0,55	141,80	0,90	126,10	2,20	101,34
0,56	141,28	0,93	125,38	2,30	101,01
0,57	140,76	0,96	124,66	2,40	100,67
0,58	140,24	0,99	123,94	2,50	100,33
0,59	139,73	1,02	123,22	2,60	99,99
0,60	139,21	1,05	122,50	2,70	99,66
0,61	138,69	1,10	121,30	2,80	99,32
0,62	138,17	1,15	120,11	2,90	98,98
0,63	137,65	1,20	118,91	3,00	98,64

C. Gemengemehl

Bei Mehlen aus einer Mischung von Roggen und Weizen wird die Umrechnung nach den Tabellen A oder B der Fruchtart vorgenommen, deren Anteil in der Mischung überwiegt.

D. Hartgrießweizenerzeugnisse

Für je 100 Kilogramm Hartgrießweizenmehl sind 100 Kilogramm Hartgrießweizen, für je 100 Kilogramm Hartgrieß oder Hartdunst sind 138,46 Kilogramm Hartgrießweizen zu rechnen.

**Bekanntmachung
der Neufassung der Fünften Durchführungsverordnung
zum Getreidegesetz: Abgabeordnung für die Mühlenstelle.**

Vom 12. Juli 1954.

Auf Grund des Artikels II Abs. 2 der Zweiten Verordnung zur Änderung der Fünften Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 12. Juli 1954 (Bundesgesetzbl. I S. 195) wird nachstehend die Fünfte Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 17. Dezember 1951 in der nunmehr geltenden Fassung bekanntgegeben.

Bonn, den 12. Juli 1954.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

**Fünfte Durchführungsverordnung
zum Getreidegesetz: Abgabeordnung für die Mühlenstelle
in der Fassung vom 12. Juli 1954.**

Auf Grund der §§ 15 Abs. 3 und 17 des Gesetzes über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz) in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen und mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Erhebung einer Abgabe

Die Mühlenstelle erhebt zur Deckung ihrer Verwaltungskosten von den gewerblichen Mühlen eine Abgabe.

§ 2

Abgabegegenstand

(1) Die Abgabe bemißt sich nach der verarbeiteten Menge an Brotgetreide oder anderen vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als Brotgetreide bestimmten Getreidearten.

(2) Als Verarbeitung gilt jede Behandlung der in Absatz 1 genannten Getreidearten in der Handmüllerei, durch die sie für die menschliche Ernährung oder für technische Zwecke im eigenen Betrieb oder im Werklohn bei anderen Mühlen nutzbar gemacht werden.

(3) Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit Mahlerzeugnisse (Mehl, Backschrot, Grieß und Dunst) aus den in Absatz 1 genannten Getreidearten in das Ausland ausgeführt worden sind. Es werden jedoch für je 100 Kilogramm Mahlerzeugnisse nur die in der Anlage aufgeführten Getreidemengen von der Abgabe befreit.

§ 3

Abgabesatz

Die Abgabe beträgt 0,01 Deutsche Mark je 100 Kilogramm verarbeitetes Getreide.

§ 4

Entstehung der Abgabeschuld, Abgabeschuldner

(1) Die Abgabeschuld entsteht im Zeitpunkt der Verarbeitung (§ 2).

(2) Abgabeschuldner ist der Inhaber des Verarbeitungsbetriebes, für im Werklohn durch andere Mühlen verarbeitetes Getreide der Inhaber des auftraggebenden Betriebes.

(3) Als Inhaber gilt die natürliche oder juristische Person, für deren Rechnung das Gewerbe betrieben wird. Wird das Gewerbe für Rechnung mehrerer Personen betrieben, so sind diese Gesamtschuldner.

(4) Geht ein abgabepflichtiger Betrieb nach Entstehen der Abgabeschuld in den Besitz eines Dritten über, so haftet der neue Inhaber neben dem früheren Inhaber für die Abgaben, im Höchstfalle jedoch für die im vorangegangenen Haushaltsjahr fällig gewordenen Abgaben als Gesamtschuldner.

§ 5

Abgabeerklärung

(1) Mahlmühlen haben der Mühlenstelle eine Abschrift der auf Grund der Sechsten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz vom 9. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 415) zu erstattenden Mel-

dung zu den jeweiligen Meldeterminen einzureichen. Die Meldung gilt für die der Abgabe unterliegende Verarbeitung als Abgabenerklärung. Die Vorschriften der §§ 166 bis 174 der Reichsabgabenordnung finden entsprechende Anwendung.

(2) Kommt ein Inhaber seiner Erklärungsfrist nicht oder nicht vollständig nach, so setzt die Mühlenstelle den Abgabebetrag durch Abgabebescheide anderweitig fest. Die §§ 204 bis 211 und 217 der Reichsabgabenordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 6

Fälligkeit

Der Abgabeschuldner hat die Abgabe innerhalb eines Zeitraumes von 10 Tagen nach Ablauf der in § 5 genannten Frist unaufgefordert bei der Mühlenstelle oder einer von ihr bestimmten Zahlstelle zu entrichten.

§ 7

Beitreibung

(1) Abgaben, die auf Grund dieser Durchführungsverordnung der Mühlenstelle geschuldet werden, können im Verwaltungswege erzwungen werden. Die Beitreibung der Abgabe erfolgt auf Antrag der Mühlenstelle durch die Finanzämter nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung, insbesondere der §§ 325 bis 381, und nach den Bestimmungen der Beitreibungsordnung.

(2) Für die Mitwirkung bei der Beitreibung erhalten die Finanzämter einen Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 2 vom Hundert des Istaufkommens der beigetriebenen Beträge.

§ 8

Stundung und Erlaß der Abgabe

(1) Über Anträge auf Stundung oder Erlaß der Abgaben entscheidet die Mühlenstelle.

(2) Stundung darf nur ausnahmsweise unter besonderen Umständen und nur, soweit die Erfüllung der Verbindlichkeit durch sie nicht gefährdet wird, gewährt werden. Voraussetzung der Stundung ist, daß der Schuldner nicht in der Lage ist, die ganze Schuld sofort zu tilgen und eine Zwangsvollstreckung eine besondere Härte für ihn bedeuten würde, oder wenn sicherer Anhalt dafür besteht, daß eine sofortige Zwangsvollstreckung erfolglos sein würde, im Fall der Stundung aber der geschuldete Betrag nach Ablauf der Stundungsfrist entrichtet werden wird. Gestundete Beträge sind mit dem von der Bank deutscher Länder festgesetzten Diskontsatz zu verzinsen.

(3) Die Abgabe darf ganz oder teilweise nur dann erlassen werden, wenn die Einziehung nach Lage des Einzelfalles für den Schuldner eine besondere Härte bedeuten würde.

(4) Bereits entrichtete Abgaben, die auf Grund einer Entscheidung nach Absatz 1 ganz oder teilweise erlassen worden sind, werden dem Abgabeschuldner zinslos erstattet.

§ 9

Säumniszuschlag

(1) Wird eine Abgabe, die bereits fällig geworden ist, nicht rechtzeitig entrichtet, so ist mit Ablauf des Fälligkeitstages ein Zuschlag (Säumniszuschlag) verwirkt.

(2) Der Säumniszuschlag beträgt 2 vom Hundert des rückständigen Abgabebetrag für jeden angefangenen Monat.

(3) Als Tag, an dem die Abgabe entrichtet worden ist, gilt

1. bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln an die Mühlenstelle: der Tag des Einganges;
2. bei Überweisung auf das Postscheckkonto der Mühlenstelle und bei Einzahlung durch Postscheck: der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck des Postscheckamtes ergibt;
3. bei Überweisung auf ein Bankkonto: der Tag, an dem der Betrag der Mühlenstelle gutgeschrieben wird;
4. bei einer durch Zahlkarte oder Postanweisung bewirkten Zahlung an die Mühlenstelle: der Tag, der sich aus dem Tagesstempelabdruck der Aufgabepostanstalt ergibt;
5. bei Einzahlung aus dem Ausland: der Tag, an dem der eingezahlte Betrag bei der Mühlenstelle eingeht oder ihr gutgeschrieben wird.

§ 10

Land Berlin

Diese Rechtsverordnung gilt nicht im Land Berlin.

§ 11

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.*)

*) Die Bestimmung betrifft das Inkrafttreten der Verordnung in der Fassung vom 17. Dezember 1951. Die Änderung auf Grund der Änderungsverordnung vom 9. August 1952 ist am 15. August 1952 in Kraft getreten; die späteren Änderungen treten zu den in Artikel II der Zweiten Änderungsverordnung bezeichneten Zeitpunkten in Kraft.

Bei der Umrechnung der bei den nachstehenden Tabellen A und B genannten Mahlerzeugnisse ist von deren Aschegehalt, bezogen auf Trockensubstanz, auszugehen. Für je 100 Kilogramm Mahlerzeugnisse sind die in den Tabellen A und B bei dem Aschegehalt angegebenen Getreidemengen von der Entrichtung der Abgabe befreit. Liegt der Aschegehalt zwischen den aufgeführten Werten, so ist der nächsthöhere Aschegehalt maßgebend.

A. Roggenmehl, Roggenbackschrot

Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm
0,39	158,80	1,15	130,29	1,91	101,78
0,41	158,05	1,17	129,54	1,93	101,03
0,43	157,30	1,19	128,79	1,95	100,28
0,45	156,55	1,21	128,04	1,97	99,53
0,47	155,80	1,23	127,29	1,99	98,78
0,49	155,05	1,25	126,54	2,01	98,03
0,51	154,30	1,27	125,79	2,03	97,28
0,53	153,55	1,29	125,04	2,05	96,53
0,55	152,80	1,31	124,29	2,07	95,78
0,57	152,05	1,33	123,54	2,09	95,03
0,59	151,30	1,35	122,79	2,11	94,28
0,61	150,55	1,37	122,04	2,13	93,52
0,63	149,80	1,39	121,29	2,15	92,77
0,65	149,05	1,41	120,54	2,17	92,02
0,67	148,30	1,43	119,79	2,19	91,27
0,69	147,55	1,45	119,04	2,21	90,52
0,71	146,80	1,47	118,28	2,23	89,77
0,73	146,05	1,49	117,53	2,25	89,02
0,75	145,30	1,51	116,78	2,27	88,27
0,77	144,55	1,53	116,03	2,29	87,52
0,79	143,80	1,55	115,28	2,31	86,77
0,81	143,04	1,57	114,53	2,33	86,02
0,83	142,29	1,59	113,78	2,35	85,27
0,85	141,54	1,61	113,03	2,37	84,52
0,87	140,79	1,63	112,28	2,39	83,77
0,89	140,04	1,65	111,53	2,41	83,02
0,91	139,29	1,67	110,78	2,43	82,27
0,93	138,54	1,69	110,03	2,45	81,52
0,95	137,79	1,71	109,28	2,47	80,77
0,97	137,04	1,73	108,53	2,49	80,02
0,99	136,29	1,75	107,78	2,51	79,27
1,01	135,54	1,77	107,03	2,53	78,52
1,03	134,79	1,79	106,28	2,55	77,77
1,05	134,04	1,81	105,53	2,57	77,02
1,07	133,29	1,83	104,78	2,59	76,27
1,09	132,54	1,85	104,03	2,61	75,52
1,11	131,79	1,87	103,28	2,63	74,77
1,13	131,04	1,89	102,53	2,65	74,02

B. Weizenmehl, Weizenbackschrot, Weizengrieß und Weizendunst

Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm	Aschegehalt in v. H. bis	Getreide Kilogramm
0,39	150,10	0,64	137,13	1,25	117,71
0,40	149,48	0,65	136,61	1,30	116,51
0,41	149,07	0,66	136,09	1,35	115,31
0,42	148,55	0,67	135,57	1,40	114,12
0,43	148,03	0,68	135,05	1,45	112,92
0,44	147,51	0,69	134,54	1,50	111,72
0,45	146,99	0,70	134,02	1,55	110,52
0,46	146,47	0,72	132,98	1,60	109,32
0,47	145,95	0,74	131,94	1,65	108,13
0,48	145,43	0,76	130,90	1,70	106,93
0,49	144,91	0,78	129,87	1,75	105,73
0,50	144,40	0,80	128,83	1,80	104,53
0,51	143,88	0,82	128,01	1,85	103,33
0,52	143,36	0,84	127,53	1,90	102,14
0,53	142,84	0,86	127,06	2,00	102,02
0,54	142,32	0,88	126,58	2,10	101,68
0,55	141,80	0,90	126,10	2,20	101,34
0,56	141,28	0,93	125,38	2,30	101,01
0,57	140,76	0,96	124,66	2,40	100,67
0,58	140,24	0,99	123,94	2,50	100,33
0,59	139,73	1,02	123,22	2,60	99,99
0,60	139,21	1,05	122,50	2,70	99,66
0,61	138,69	1,10	121,30	2,80	99,32
0,62	138,17	1,15	120,11	2,90	98,98
0,63	137,65	1,20	118,91	3,00	98,64

C. Gemengemehl

Bei Mehlen aus einer Mischung von Roggen und Weizen wird die Umrechnung nach den Tabellen A oder B der Fruchtart vorgenommen, deren Anteil in der Mischung überwiegt.

D. Hartgrießweizenerzeugnisse

Für je 100 Kilogramm Hartgrießweizenmehl sind 100 Kilogramm Hartgrießweizen, für je 100 Kilogramm Hartgrieß oder Hartdunst sind 138,46 Kilogramm Hartgrießweizen zu rechnen.

**Fünfte Verordnung zur Änderung
der Zweiten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz.**

Vom 12. Juli 1954.

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

Artikel I

§ 1 der Zweiten Durchführungsverordnung zum Getreidegesetz in der Fassung vom 30. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 732) wird gestrichen.

Artikel II

1. In § 2 Abs. 1 Nr. 1 wird hinter der Zeile
„1370 (Roggenmehl) 1,370 1,300 1,450“
eingefügt:
„1590 (Roggenmehl) 1,590 1,530 1,630“.
2. In § 2 Abs. 1 Nr. 1 wird die Zeile:
„1340 (Roggenmischmehl) 1,340 1,270 1,420“
gestrichen.

3. § 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:
„(4) Roggenmehl Type 1590 darf nur in Berlin in den Verkehr gebracht werden.“.

Artikel III

Nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 24 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) gilt diese Rechtsverordnung auch im Land Berlin.

Artikel IV

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 12. Juli 1954.

Der Bundesminister für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Verkündungen im Bundesanzeiger.

Gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 30. Januar 1950 (Bundesgesetzbl. S. 23) wird auf folgende im Bundesanzeiger verkündete Rechtsverordnungen nachrichtlich hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Nr. Bundesanzeiger vom	Tag des Inkraft- tretens
Verordnung der Oberfinanzdirektion Hannover zur Änderung der Verordnung über das Verbot des Erwerbens und Veräußerns von Waren im Umherziehen im Zollgrenzbezirk der Regierungsbezirke Osnabrück und Aurich. Vom 14. Juni 1954.	126 6. 7. 54	7. 7. 54
Verordnung über die vertragsmäßige Zollbehandlung von als Saatgut anerkannten Kartoffeln — Erstlinge der Klassen A und B — der Nummer 0701 Absatz F des Zolltarifs. Vom 5. Juli 1954.	128 8. 7. 54	5. 8. 54
Verordnung über eine Statistik der Kostenstruktur in der Wohnungswirtschaft im Jahre 1953. Vom 5. Juli 1954.	128 8. 7. 54	9. 7. 54
Verordnung TS Nr. 6/54 über den Nebengebührentarif des Reichskraftwagentarifs. Vom 6. Juli 1954.	129 9. 7. 54	20. 7. 54
Verordnung über die Festsetzung von Verkehrsleistungen der Binnenschifffahrt. Vom 8. Juli 1954.	131 13. 7. 54	Inkrafttreten gem. § 2
IV. Nachtrag zum Tarif für die Schifffahrt- und Flößereiabgaben auf der kanalisierten Fulda von Kassel bis Hann. Münden vom 3. Juli 1929. Vom 7. Juli 1954.	131 13. 7. 54	15. 7. 54